

4. Abschaffung der Kirchensteuern von juristischen Personen

Einzelinitiative Marcel Blunier vom 21. September 2021

KR-Nr. 363/2021

Ratspräsident Benno Scherrer: Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von wenigstens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Wird das Wort zur vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative gewünscht?

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Die SVP lehnt auch diese Einzelinitiative ab. Die in der EI erwähnten Argumente sind, freundlich gesagt, zu speziell, als dass wir diese so unterstützen können. Es ist uns aber wichtig, dass wir unsere Meinung und Argumente kundtun, wieso das grundsätzliche Anliegen der EI durchaus seine Berechtigung hat.

Gleich vorneweg: Meine Familie ist Mitglied der beiden grossen Landeskirchen. Meine Frau ist katholisch, ich bin reformiert und wir haben kirchlich geheiratet. Wieso erwähne ich das? Weder ich persönlich noch meine Partei, die SVP, sind grundsätzlich gegen die Landeskirchen. Es sind mit Sicherheit viel mehr SVP-Mitglieder in einer der beiden Landeskirchen als beispielsweise bei den Mitgliedern der AL. Wir stehen zur christlichen Tradition der Schweiz. Wir stehen aber nicht zur Tendenz innerhalb der Kirche, dass diese sich laufend in Themen einmisch, die nicht in der Kernkompetenz der Kirchen liegen, und gleichzeitig immer öfter in die Hand beisst, die sie mitfüttert. Was meinen wir damit? Unter anderem natürlich den Frontalangriff der Landeskirchen gegen die Interessen und Meinungen der Wirtschaft bei vergangenen Abstimmungen. Das ist langfristig unklug und grundsätzlich unserer Meinung nach schlichtweg falsch und kontraproduktiv.

Eigentlich unglaublich: Im Jahr 2022 sind weniger als 50 Prozent der Zürcher Bevölkerung Angehörige der Landeskirchen; dies trotz jahrelanger und grosser Einwanderung in unseren Kanton, wovon vor allem die katholische Kirche profitierte. Statt sich endlich – es wäre seit Jahrzehnten notwendig – intern damit zu befassen, wie der langsamen Abstieg der Bedeutung der Landeskirchen aufgehalten werden kann, passiert eher das Gegenteil: Die Kirchen mischen sich jetzt immer öfters in politische Abstimmungen ein. Die Kirchen sind leer, wenn nicht gerade Weihnachten ist oder Hochzeiten stattfinden. Das ist ein Fakt, nicht mehr und nicht weniger, und das liegt sicher nicht an den oft sehr schönen Kirchen, sondern das Problem muss woanders liegen.

Die erste EI (*KR-Nr. 362/2021*) von heute Nachmittag fordert auch die Abschaffung der Beiträge des Kantons Zürich an die Kirchen, dies haben wir nicht unterstützt. Aber gemäss Widmer-Studie (*Thomas Widmer, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Zürich*), die vom Kanton Zürich und der katholi-

schen Kirche im Jahr 2017 in Auftrag gegeben wurde, beträgt der jährliche Beitrag des Kantons Zürich schon mehr, als die nichtkulturellen Aufgaben, die die Kirchen für die Gesellschaft erfüllen. Trotzdem wird die Gesamtwirtschaft mit rund 140 Millionen Franken pro Jahr im Kanton Zürich zusätzlich besteuert. Diese Gelder werden eben zum grossen Teil nicht für die Gesamtgesellschaft gebraucht, sondern für interne kulturelle Zwecke, und subventionieren unter anderem die leeren Kirchen. Ist das gerecht? Ist das richtig? Oder anders gesagt: Alle zahlen für Wenige.

Zum Schluss: Wir alle im Kantonsrat und alle Personen im Kanton Zürich können frei wählen, ob und in welcher Kirche wir dabei sind, und danach Kirchensteuern bezahlen oder nicht. Es ist eigentlich völlig logisch und mehr als gerecht, dass dieses für natürliche Personen völlig unbestrittene Selbstbestimmungsrecht auch jeder Unternehmung im Kanton Zürich zustehen sollte. Die SVP, zusammen mit dem Gewerbe und den Wirtschaftsverbänden, ist der Meinung: Es wird langsam Zeit, dass die Besteuerung der juristischen Personen auf Freiwilligkeit – das ist das entscheidende Wort, «Freiwilligkeit» – umgestellt wird, so wie es bei den natürlichen Personen auch ist. Nicht der Staat soll entscheiden, ob eine Unternehmung Kirchensteuern bezahlt, sondern das Unternehmen beziehungsweise dessen Eigentümer. Danke.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 363/2021 stimmen 2 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht worden. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.